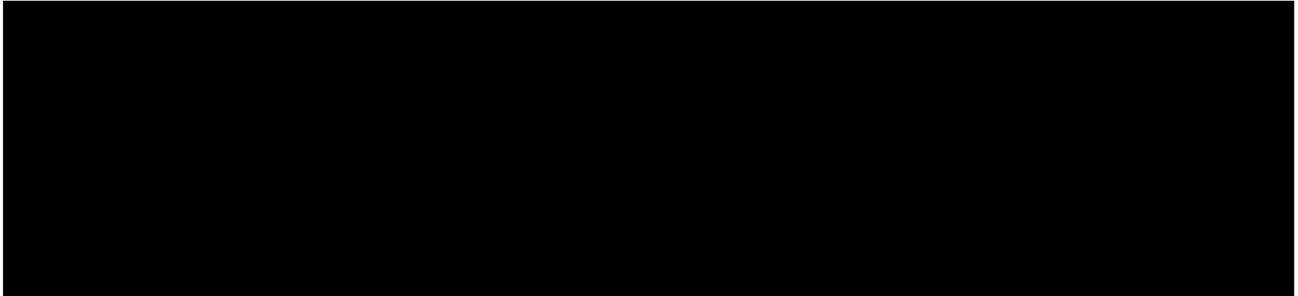




Bundesminister des Auswärtigen



05. Juni 2025

Für einen ambitionierten Einsatz für ein wirksames globales Plastikabkommen 2025

Sehr geehrter Herr Bundesminister Wadehul,

vor der nächsten Verhandlungsrunde zum internationalen Plastikabkommen (INC-5.2) appellieren wir, das NGO-Bündnis *Exit Plastik**, eindringlich an die Bundesregierung: Deutschland und die EU müssen sich klar und ambitioniert für ein starkes, rechtsverbindliches Abkommen zur Beendigung der weltweiten Plastikverschmutzung einsetzen.

Bei INC-5 in Busan sprach sich die Mehrheit der Staaten – darunter die EU – für zentrale Mindestanforderungen aus: die Reduktion der Plastikproduktion, das Verbot gefährlicher Chemikalien und Einwegprodukte, Transparenz und Rückverfolgbarkeit von Chemikalien in Produkten und Materialien sowie der Aufbau entsprechender Infrastruktur zur Umsetzung. Diese breite Unterstützung sollte als Fundament für weitere Fortschritte bei INC-5.2 dienen – insbesondere angesichts der Blockadehaltung einiger erdöl- und kunststoffproduzierender Staaten. Konkret bedeutet dies:

Reduktion der Kunststoffproduktion (Art. 6)

Über 100 Länder befürworten globale Reduktionsziele und nationale Umsetzungspläne. Nur mit verbindlichen Maßnahmen zur schrittweisen Senkung der Kunststoffproduktion lassen sich Klima- und Umweltziele erreichen. Ohne solche Reduktions-Vorgaben können Emissionen bestenfalls auf dem aktuellen und schon viel zu hohem Level gehalten werden, jedoch nicht gesenkt - mit gravierenden Folgen für Mensch und Natur.

Regulierung gefährlicher Chemikalien (Art. 3)

In Kunststoffen sind über 16.000 Chemikalien identifiziert, viele davon unzureichend erforscht oder bereits als bedenklich eingestuft. Ein wirksames Abkommen muss gefährliche Chemikalien, Monomere und Polymere eigenständig regulieren. Das Vorsorgeprinzip, eine schrittweise Ausstiegsstrategie und ein global harmonisiertes System zur Transparenz und Rückverfolgbarkeit von Chemikalien in Plastikprodukten und -materialien entlang der Wertschöpfungskette und sind essenziell.

3. Beschränkung kurzlebiger Kunststoffprodukte (Art. 3)

Einwegprodukte verursachen enorme Umweltbelastungen. Wir fordern globale, rechtsverbindliche Produktbeschränkungen – beginnend mit einer verbindlichen Liste verbotener Einwegkunststoffe. Diese Liste muss regelmäßig überprüft und ergänzt werden können.

4. Nachhaltiges Produktdesign (Art. 5)

Nur 9 % der Kunststoffe werden recycelt – nicht zuletzt wegen ungeeigneten Produktdesigns. Gemeinsame Vorgaben für Langlebigkeit, Wiederverwendung, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit sind nötig. Deutschland sollte sich für klare Definitionen, Zielvorgaben und Berichtspflichten im Bereich Wiederverwendung stark machen.

5. Finanzierungsmechanismus (Art. 11)

Ein wirksames Abkommen braucht verbindliche Kontrollinstrumente und angemessene Finanzierung, vor allem für Länder aus dem Globalen Süden. Wir fordern einen internationalen Fonds, gespeist nach dem Verursacherprinzip – auch unter Einbindung des Privatsektors. Deutschland sollte sich aktiv an der Entwicklung eines tragfähigen Finanzierungsmodells beteiligen.

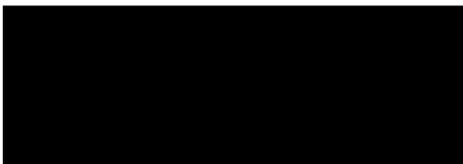
6. Entscheidungsprozesse (Art. 20)

Um Blockaden zu vermeiden, muss die Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen im Vertrag verankert werden. Das Konsensverfahren ist abzulehnen, da es zur Dysfunktionalität des Abkommens führen wird. Eine voreilige Ablehnung künftiger Anpassungen von Anhängen (Art. 27 Abs. 4) gefährdet überdies die notwendige Flexibilität und das Ambitionsniveau des Abkommens.

Wir würden uns über einen weiteren Austausch zu diesen Themen und einen konkreten Terminvorschlag freuen. Weil uns noch unklar ist, wer in der Hausleitung für das Thema zuständig ist, haben wir die gesamte Hausleitung in CC gesetzt.

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement.

Mit freundlichen Grüßen



Carla Wichmann

Koordinatorin *Exit Plastik – Zivilgesellschaftliches Bündnis für Wege aus der Plastikkrise*

*Mitglieder von Exit Plastik sind: a tip:tap, BUND, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, Heinrich Böll Stiftung, HEJSupport, Women Engage for a Common Future Germany, Zero Waste Germany und Zero Waste Kiel.